

PROFIL

DAS MAGAZIN DER
BUNDESTAGSFRAKTION

GRÜN

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
BUNDESTAGSFRAKTION



HANDELN.

JETZT!

9/19

KLIMASCHUTZ – JETZT ZÄHLT'S! Jedes Zehntelgrad, jeder Monat, jede Maßnahme addiert sich zu großen Wirkungen. Weltweit setzt sich diese Erkenntnis durch und treibt die Menschen auf die Straße. Wir treiben die Bundesregierung, JETZT zu handeln. Anton Hofreiter, Lisa Badum und Oliver Krischer stellen den Fraktionsbeschluss vor. **Seite 4**

DER GEIST VON 89 Warum tickt der Osten anders? Warum wurde aus dem selbstbewussten „Wir sind wer!“ von 1989 zeitweise ein verzagtes „Wer sind wir?“ Ein Beitrag von Katrin Göring-Eckardt über Freiheit und Verantwortung und den Dialog auf Augenhöhe. **Seite 10**

GRADE UP! Hip-Hop politisierte ihn und der Green New Deal führte ihn zu den Grünen. Im Bundestag will er alte Strukturen aufbrechen und der sozialen Marktwirtschaft ein Upgrade verpassen. Danyal Bayaz im Porträt von Tim Meyer. **Seite 12**

GEGEN BRAUNE NETZWERKE Die Bundesregierung erkennt und verharmlost seit Jahren die tödliche Gefahr rechtsextremistischer Netzwerke und Strukturen. Wir wollen ihnen mit allen rechtsstaatlichen und gesellschaftspolitischen Mitteln entgegenreten. Irene Mihalic, Monika Lazar und Konstantin von Notz stellen unseren Fraktionsbeschluss vor. **Seite 14**

ARBEITSKREISE Wir berichten über unsere parlamentarische Arbeit. **Seite 18**

GRÜN UND GRÜNER Ins Bild gerückt: unser Fraktionsauftritt beim Tag der Ein- und Ausblicke im Bundestag und unsere Abgeordneten bei der Polizei: #EinsatzGrün. **Seite 22**

Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de, V. i. S. d. P.: Herta Parchent, Redaktion: Gisela Hüber, Sibylle Kraut-Eppich, Tim Meyer, Gestaltung: Stefan Kaminski, Titelbild: Shutterstock, Druck: Dierichs Druck+Media Kassel, Papier: 90 g Revive Pure, Auflage: 99.100, erscheint auch als Anzeige im „Magazin der Grünen“, Redaktionsschluss: 12.9.2019, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr



EDITORIAL

Auch wenn es manch einer nicht wahrhaben will: Klimaschutz ist kein Modethema, das wieder von der Tagesordnung verschwindet. Unser Haus steht in Flammen und die Bundesregierung glaubt offenbar immer noch, den Brand mit einem Eimer Wasser löschen zu können. Der Klimaschutz lässt sich aber nicht mal eben kurz abhandeln. Er wird die bestimmende Aufgabe der nächsten Jahrzehnte sein.

Unser Handeln von heute entscheidet über die Welt von morgen und übermorgen. Deshalb kommt es darauf an, jetzt die richtigen Entscheidungen zu treffen. Jeder Handelsvertrag, jede staatliche Investition und jede Maßnahme von Bund, Ländern und Kommunen müssen unter einem Klimavorbehalt stehen. Statt neuer Infrastruktur für veraltete Technologien benötigen wir massive Investitionen in erneuerbare Energien. Statt neuer Autobahnen brauchen wir mehr Fahrradwege und Bahnstrecken, statt breiterer Straßen für SUVs sind flächendeckend Ladestationen für Elektroautos erforderlich. Unsere Landwirtschaft muss klimafreundlich werden und unsere Wälder klimafest, damit sie die nächste Dürre überstehen.

Die Herausforderung ist beispiellos und auf manche Frage gibt es noch keine Antwort. Aber es ist sicher nicht damit getan, den CO₂-Emissionen einen Preis zu geben, um dann weiterzumachen wie bisher. Wir müssen – in Deutschland und weltweit – unsere Wirtschaftsweise komplett um- und neu denken. Nur so können wir eine Klimakatastrophe verhindern.

Brandgefährlich ist auch die Bedrohung durch Rechtsextreme und ihre Netzwerke. Nicht zuletzt der Mord an dem hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke und der Mordversuch an Bilal M. haben gezeigt, dass die Gefahr real ist. Viele Menschen stehen weiterhin auf „Feindeslisten“ rechtsextremer Kreise. Waffendepots oder Chatrooms voller Gewaltfantasien zeugen von ihrer enormen Gewaltbereitschaft.

Mehr als besorgniserregend sind die Verzahnungen und gemeinsamen ideologischen Grundlagen rechter Strukturen. Sie reichen bis in die Sicherheitsbehörden hinein und über die AfD sogar in den Deutschen Bundestag. Die Bundesregierung hat ihr gefährliches Potenzial viel zu lange verharmlost, auch die Lehren aus dem NSU blieben folgenlos. Bis heute gehen die Sicherheitsbehörden nicht konsequent gegen rechte Netzwerke vor, sie erkennen sie nicht einmal. Wir Grüne im Bundestag wollen rechtsextremen Netzwerken und Strukturen entschlossen entgegenreten und haben dazu ein umfassendes Maßnahmenprogramm vorgelegt.

*Vom Kampf gegen die Klimakrise bis zur Verteidigung unserer Demokratie und der offenen Gesellschaft – wir Grüne im Bundestag arbeiten an den Antworten. Unser Motto: **Handeln. Jetzt!***

Herzlich

Anton Hofreiter

Dr. Anton Hofreiter MdB
Fraktionsvorsitzender



Foto: Stefan Kaminski

#Climate on **FIRRE**

**Jedes Zehntelgrad,
jede Maßnahme,
jeder Monat ZÄHLT.**

DIE DEBATTE ÜBER DIE
DROHENDE KLIMAKATAS-
TROPHE IST IN DER MITTE DER
GESELLSCHAFT ANGEKOMMEN.
AUCH DIE MEDIEN SCHENKEN
DEM THEMA JETZT DIE NÖTIGE
AUFMERKSAMKEIT. HÖCHSTE ZEIT, DENN
DIE AUSWIRKUNGEN DER KLIMAKRISE
SIND UNÜBERSEHBAR:

Unwetter, schwere Stürme und Fluten, Hitzewellen und Dürren prägen zunehmend das Wettergeschehen. Die Welt, wie wir sie kennen, verändert ihr Gesicht: Gletscher verschwinden und Inseln versinken. Bereits heute nimmt die Klimakrise vielen Menschen ihre Heimat und Lebensgrundlage. Dass diese Debatte jetzt endlich viele ernsthaft beschäftigt, zeigt: Das breite zivilgesellschaftliche Engagement bleibt nicht ohne Wirkung. Es ist auch und gerade das Verdienst der Schülerinnen und Schüler, die sich der Fridays-for-Future-Bewegung angeschlossen haben und die Regierungen auffordern, endlich zu handeln.

Doch da passiert viel zu wenig. Zwar redet jetzt auch die Bundesregierung gezwungenermaßen über Maßnahmen zum Klimaschutz. Selbst die CSU fordert plötzlich einen schnelleren Kohleausstieg oder das Ende des Verbrennungsmotors. Tatsächlich wird die Kluft zwischen Reden und politischem Handeln jedoch immer größer.

Beispiel Energiewende: Deutschland hinkt beim Ausbau der erneuerbaren Energien weit hinterher. Dabei sind sie doch das Herzstück einer wirksamen Klimaschutzpolitik. Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, müsste Deutschland bereits 2030 hundert Prozent Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen. Genau das Ziel, das wir Grüne bereits 2008 beschlossen haben. Derzeit bewegen wir uns aber nur noch auf einem Ausbaupfad von etwa 50 Prozent, weit weg selbst vom unzureichenden 65-Prozent-Ziel der Bundesregierung. Zahlreiche Hürden stehen dem Ausbau von Wind- und Sonnenenergie im Weg: von der kontraproduktiven Deckelung des Ausbaus von Wind- und Sonnenenergie und dem Mangel an Flächen über Planungshemmnisse, Bürgerklagen und Naturschutzkonflikte bis zu fehlenden Anreizen. Teils hat die Bundesregierung diese Probleme direkt verursacht, teils hat sie sie billigend in Kauf genommen. Nicht besser sieht es bei der energetischen Sanierung der Gebäude aus.

Beim aktuellen Tempo sind alle Gebäude erst im Jahr 2100 saniert. Notwendig wäre dagegen ein klimaneutraler Gebäudebestand bis 2040.

Selbst wenn wir morgen die Regierung übernehmen und die Probleme entschlossen angehen könnten, würde es sehr schwer. Wir werden dennoch all unsere Kraft einsetzen und wir brauchen viele MitstreiterInnen aus der Gesellschaft, um das Blatt noch zu wenden.

Beispiel Verkehrswende: Bis 2030 müssten wir uns vom Verbrennungsmotor verabschieden. Von diesem Ziel sind wir weit weg und entfernen uns weiter, je länger die Bundesregierung tatenlos bleibt. Bereits vor Jahren hätten wir die Verkehrswende einleiten, auf Elektromobilität umsteigen und die Infrastruktur bei Bahn und ÖPNV ausbauen müssen. Die Zeit läuft, deshalb darf jetzt keinen Tag länger gezauert werden.

Beispiel Agrarwende: Auch hier geht der Marsch in die Sackgasse ungebremst weiter. Dabei wissen alle, dass die industrielle Landwirtschaft und insbesondere die Massentierhaltung die Klimakrise anheizen. Zugleich ist die Landwirtschaft mit am stärksten betroffen von Klimaextremen wie Hitze, Dürre, Sturm und Hagel. Gerade wird in Brüssel bei der Neuaufgabe der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik der EU) mit tätiger Mithilfe der Bundesregierung der Status quo für die nächsten sieben Jahre zementiert. Damit fließen allein in Deutschland weiterhin sechs Milliarden Euro Subventionen jährlich in eine natur- und klimaschädliche Agrarpolitik. Dagegen kann man kaum anarbeiten mit ein paar Millionen, die für Klimaschutz in der Landwirtschaft oder Naturschutzprogramme zur Verfügung stehen.

WAS TUN?

Foto: Barbara Dombrowski/laif, aus ihrem Klimaprojekt: Tropic Ice, Dialogue between Places Affected by Climate Change

Die Untätigkeit der Regierungen weltweit und auch der Bundesregierung könnte frustrieren. Denn die Warnungen aus der Wissenschaft werden immer lauter. Doch aufzugeben ist keine Option, denn mit der Klimakrise können wir nicht verhandeln. Wir wären nicht die Grünen, wenn wir diese größte Herausforderung der Menschheit nicht angehen wollten. Denn es gibt auch viel Hoffnung. Nie war der zivilgesellschaftliche Druck für ein politisches Umsteuern größer. Vieles ist möglich, um die klimaschädlichen Gase zu begrenzen. Ein schnelles Umsteuern wäre auch wirtschaftlich von Vorteil. Wir verfügen über die notwendigen Technologien zur ökologischen Transformation unserer Wirtschaft, Wind- und Solarenergie werden immer günstiger und effizienter. Auch wenn die drohenden Kippunkte in unserem Klimasystem näher rücken, zählt jede eingesparte Tonne CO₂, hilft jedes Zehntelgrad, um das wir die Erderhitzung reduzieren. Oft wird eingewandt, was wir im kleinen Deutschland denn schon bewirken können mit unserem Kohleausstieg und unseren Windrädern, unseren Elektroautos und unserem Ökolandbau. Denn riesige Wirtschaftsräume wie China und die Vereinigten Staaten wachsen und produzieren weiter CO₂. Mal abgesehen davon, dass selbst diese Länder uns bei einigen Klimaschutztechnologien bereits überholt haben, hilft dieses kurzfristige, auf den nationalen Vorteil bedachte Inseldenken in der globalen Krise nicht. Alle müssen Emissionen reduzieren – sonst gewinnt am Ende niemand.

Wo die Gefahr wächst, wächst auch die Hoffnung. Es gibt vieles, was uns Mut macht, wie die zahlreichen erfolgreichen Klimaprojekte weltweit, die engagierten BündnispartnerInnen und die wachsende Klimaschutzbewegung. Oder die Gewerkschaften, die zur ökologisch-sozialen Transformation unserer Wirtschaft aufrufen, und die innovativen Start-ups im Verkehrs- und Energiebereich. Selbst die deutsche Automobilindustrie bewegt sich. Und dieselben Parteien, für die Elektromobilität kürzlich noch ein grüner Kampfbegriff war und die gemeinsam mit der Kohlegewerkschaft IG BCE gegen den Ausstieg aus der Kohleverstromung auf die Straße gegangen sind, machen jetzt zaghaft erste Klimaschutzvorschläge. Wir werden sie beim Wort nehmen. Jetzt sind Taten gefragt!

Und wie sehen wir in diesem Szenario unsere Rolle? Was ist unsere Aufgabe als Opposition im Bundestag, die dieses Thema in der nächsten Bundesregierung an die erste Stelle setzen will?

UNSERE AUFGABE

EHRlich MACHEN:

Zuallererst müssen wir diejenigen sein, die ungeschminkt über die Klimakrise reden und genauso deutlich die Chancen und Risiken einer radikalen Klimapolitik benennen. Ehrlich machen heißt, die Größe der Aufgabe zu verdeutlichen und keine falschen Versprechungen zu machen. Es heißt, die Mühen der Ebenen aufzuzeigen, aber auch die Wege, um die Krise zu bewältigen. Konsequenter Klimaschutz wird nicht bedeuten, dass unser Leben genauso weitergeht wie bisher. Da wird sich vieles ändern. Unsere Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass es ein gutes Leben wird.

Viele fordern jetzt zu Recht, dass Deutschland schnellstmöglich klimaneutral werden muss, um die Erderhitzung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad zu beschränken. Grüne Politik muss dazu radikale, aber realisierbare Maßnahmen erarbeiten. Dort, wo wir in der Handlungsverantwortung stehen, müssen wir sie auch umsetzen. Glaubwürdigkeit ist unser Kapital und so wollen wir auch ergebnisorientierte Klimapolitik betreiben. Wichtig ist, dass die Klimabewegung als Ganze an einem Strang zieht, selbst wenn sich die eine oder andere Forderung unterscheidet. Wir müssen als Bewegung so groß werden, dass wir die Mehrheit der Gesellschaft mitnehmen und so ehrgeizig wie möglich handeln können.

Glaubwürdig sein heißt für uns Grüne vor allem auch, Politik mit den Menschen zu machen und nicht gegen sie. Gegen den Widerstand der Menschen vor Ort lassen sich keine Windräder bauen und lässt sich kein Regenwald schützen. Dennoch können wir ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen nicht von der Zustimmung jeder Lobbygruppe abhängig machen. Dafür haben wir schlicht keine Zeit. Wir wollen Akzeptanz und Anreize schaffen und die Chancen in den Vordergrund stellen. Klimaschutz ist auch eine soziale und demokratische Aufgabe. Das ist der Auftrag der grünen Gründungsurkunde: ökologisch, sozial, gewaltfrei und basisdemokratisch. Er hat für uns auch heute Bestand.

KLIMASCHUTZ SOZIAL GERECHT:

Der Kohleausstieg und der Umbau der Automobilindustrie läuten ein neues, klimafreundliches Zeitalter ein. Zur Erreichung der Klimaziele sind sie unerlässlich. Beides kann aber nur gelingen, wenn für die Beschäftigten in diesen Branchen Lösungen und soziale Sicherungssysteme gefunden werden. Auch wenn wir die ökologischen Standards anheben und klimaschädliches Wirtschaften bepreisen, muss die soziale Gerechtigkeit gewahrt bleiben. Es darf nicht sein, dass Menschen im Zuge der ökologischen Modernisierung abgehängt werden. Der Klimaschutz wird in zahlreichen Branchen zu einem Strukturwandel führen. Dabei wollen wir die Beschäftigten mitnehmen. Weiterbildung und Qualifizierung sind dafür entscheidend. Wir wollen ein Recht auf Weiterbildung einführen, die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln und besonders betroffene Branchen zielgenau unterstützen. Gleichzeitig wollen wir verhindern, dass Klimaschutz, zum Beispiel durch höhere Preise, zu neuen sozialen Ausschlüssen führt. Deshalb wollen wir unter anderem aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung ein Energiegeld von 100 Euro pro Bürgerin und Bürger finanzieren. Menschen mit niedrigem Einkommen verbrauchen grundsätzlich weniger CO₂, sie profitieren daher überdurchschnittlich davon. Wir haben noch eine Reihe weiterer Ideen entwickelt, so wollen wir Stromsperrern stoppen, ein Klimawohngeld und einen Mobilpass einführen. Letztlich kann aber auch die sozialste Klimapolitik keine ordentliche Sozialpolitik ersetzen. Deshalb wollen wir unter anderem die Sätze des Arbeitslosengeldes erhöhen, damit sie armutsfest sind und Teilhabe garantieren. Weitere Kostensteigerungen, die sich aus dem Klimaschutz ergeben, müssen in die Anpassung der Sätze mit einbezogen werden. Menschen, die keine weitere Belastung schultern können, dürfen auch nicht stärker belastet werden. Zugleich wollen wir das Tarifvertragssystem stärken, den Mindestlohn erhöhen und insbesondere für eine bessere Entlohnung der sozialen Berufe sorgen.

HANDELN. JETZT!

Foto: Reuters/Susanna Vera

DAS GRÜNE KLIMASCHUTZPROGRAMM

umfasst ein ambitioniertes Maßnahmenpaket in den Bereichen Energie und Verkehr, Land- und Waldwirtschaft.

Politische Rahmenbedingungen setzen: Ein anspruchsvolles Klimaschutzgesetz definiert verbindliche Ziele und konkrete Maßnahmen für alle Sektoren. Auf alle fossilen Brennstoffe wird ein wirksamer CO₂-Preis erhoben. Klimaschädliche Subventionen bauen wir ab, Mittel im Bundeshaushalt werden zugunsten des Klimaschutzes umgeschichtet. Öffentliche Gelder werden nur noch klimafreundlich investiert. Im Rahmen eines Divestments werden billionenschwere Finanzströme in Klimaschutz umgeleitet.

Energiewende retten: Der Kohleausstieg wird schnell eingeleitet und möglichst bis 2030 beendet. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird durch ein breites Maßnahmenbündel wieder auf die Überholspur gebracht. Wir legen ein Förderprogramm „Faire Wärme“ auf und ergreifen gesetzliche Maßnahmen zum Energiesparen und zur Förderung erneuerbarer Energien im Gebäudebereich.

Verkehrswende einleiten: Dazu gehören der Ausbau des Schienennetzes, ein Deutschlandtakt und Nachtzugverbindungen. Wir bauen den ÖPNV aus und führen den Mobilpass ein. Wir sorgen für eine Mobilitätsgarantie auf dem Land und räumen dem Rad- und Fußverkehr Vorrang ein. In der Automobilität steigen wir aus dem fossilen Verbrennungsmotor aus und bauen die Ladeinfrastruktur für Elektroautos aus. Eine Bonus-Malus-Regelung in der Kfz-Steuer und die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs für Spritfresser setzen klimaschädlichen Automodellen Grenzen. Tempolimits erhöhen die Sicherheit.

Die Subventionierung des Flugverkehrs wird beendet, die Forschung an emissionsfreien Antrieben für Flugzeuge, Schiffe und Lastverkehr sowie ihre Markteinführung werden gefördert. Die Lkw-Maut wird ausgeweitet, um Güter von der Straße auf die Bahn zu bringen.

Agrarwende verwirklichen: Priorität hat die Umstellung der gesamten Agrarförderung: Öffentliches Geld fließt nur noch in klimafreundliche Produktion. Ökolandbau fördern wir, industrielle Massentierhaltung und Überdüngung werden gestoppt. Moore und gesunde Böden wollen wir regenerieren und die Lebensmittelverschwendung eindämmen.

Waldpolitik umstellen: Vordringlich ist der Umbau von Holzplantagen in widerstandsfähige naturnahe Laubmischwälder. Wiederbewaldung und Urwälder wollen wir fördern.

Wirtschaftspolitik erneuern: Ziel ist die Förderung klimaneutraler Industrieprozesse und Produkte. Zukünftig sollen diejenigen belohnt werden, die klimafreundlich wirtschaften. Die öffentliche Beschaffung vollzieht eine Kehrtwende und setzt auf klimafreundliche Produkte, Produktionsverfahren, Fahrzeuge und Immobilien.

Zu all diesen Punkten haben wir als Bundestagsfraktion konkrete Konzepte erarbeitet. Dennoch gibt es viele offene Fragen. Um die richtigen Antworten zu finden, stehen wir im Diskurs mit Umweltbewegung, Verbänden, Gewerkschaften und Wirtschaft. Wir brauchen diese gesellschaftlichen Bündnisse und Diskussionen, sonst läuft die beste Klimaschutzpolitik leer und kann auch nicht auf neue Herausforderungen reagieren.

INTERNATIONAL DRUCK MACHEN

Unsere Klimaschutzpolitik bleibt nicht im nationalen Rahmen, wir denken sie international und europäisch. Es sind die Menschen in den Ländern des globalen Südens, die unter den Folgen unserer Wirtschaftsweise leiden und schon heute ihre Heimat und ihre Lebensgrundlagen verlieren und daher zu Klimaflüchtlingen werden. Deutschland muss deshalb mit Verbündeten wie Frankreich aktiv Druck machen, damit sich das ändert. Schon der Klimagipfel des UN-Generalsekretärs im September sowie die 25. Weltklimakonferenz in Chile im Dezember bieten dazu Gelegenheit.

Auch in der EU muss Deutschland beim Klimaschutz endlich vorangehen. Denn als stärkste Volkswirtschaft und größter CO₂-Emittent haben wir eine besondere Verantwortung. Wenn in Europa Klimaschutz großgeschrieben wird, wirkt sich das auf der ganzen Welt aus. Die Europäische Union muss zur Klimaschutz-Union mit ambitionierten Quoten und Maßnahmen werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für eine europäische Vorreiterrolle einzusetzen und dieses Ziel zum Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft im nächsten Jahr zu machen.

Im heißen Klimaherbst kann die Bundesregierung vieles auf die richtige Spur bringen, sie kann aber auch Chancen verspielen. Mit der breiten gesellschaftlichen Unterstützung im Rücken werden wir im Parlament den Druck weiter hoch halten. Wir müssen jetzt umfassend und schnell handeln, sonst sind morgen die Schäden und Kosten weit größer und die Chancen kommender Generationen noch stärker eingeschränkt. Unser Ziel ist eine lebenswerte Welt auch für zukünftige Generationen und dafür werden wir kämpfen!

● www.gruene-bundestag.de/jetzt-handeln



DR. ANTON HOFREITER MDB
Fraktionsvorsitzender



LISA BADUM MDB
Sprecherin für Klimapolitik



OLIVER KRISCHER MDB
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Foto: Reuters

VON KATRIN GÖRING-ECKARDT

ETWAS BEWIRKEN KÖNNEN – FÜR VIELE MENSCHEN IN DEN OSTDEUTSCHEN LÄNDERN IST DIESE ERFAHRUNG MIT DEM MAUERFALL UND DER NEU GEWONNENEN FREIHEIT VERKNÜPFT. DER GEIST VON 89 WAR GEPRÄGT VOM WUNSCH NACH SELBSTBESTIMMUNG UND GESTALTUNG DER EIGENEN LEBENSVERHÄLTNISSE. DIESER GEIST LEBT UND ER BRAUCHT NAHRUNG.

Mein Mauerfall begann mit einer Stopfnadel. Unser kleiner Fernseher war nämlich ständig kaputt, wenn man aber hinten eine Stopfnadel reinsteckte, funktionierte er. Und so habe ich dann erfahren, dass diese tödliche Grenze offen war. Wobei, Mauerfall klingt harmlos. Es war vielmehr ein einzigartiger Akt friedlicher Selbstermächtigung eines ganzen Volkes gegenüber seinen Machthabern, der die Mauer zum Einsturz brachte. Eine Reihe von Ereignissen hatte zuvor dem Ruf nach Veränderung den nötigen Nachdruck verliehen: die desolate wirtschaftliche Lage und die himmelschreienden Wahlfälschungen im Frühjahr, die Montagsdemonstrationen der Ausreisewilligen, die Flucht Hunderter über Ungarn und über die deutsche Botschaft in Prag.

Die friedliche Revolution mit dem Fall der Mauer, das ist ein Verdienst, das den Menschen der damaligen DDR gebührt. Es ist eine Geschichte von Angst und ihrer Überwindung, von Mut und Zaudern und der beeindruckenden Kraft Tausender Menschen, die mit Kerzen in der Hand auf die Straße gingen. Dieser bewusste Akt des Protests machte aus Untertanen Bürgerinnen und Bürger. Menschen, die für sich erklärten: Ich bin frei. Aus Freiheit wächst Verantwortung. Und Verantwortung heißt Mitgestalten. Nur wenige Tage nach den großen Demonstrationen und der Öffnung der Mauer entstanden überall im Land Runde Tische. Dort saßen sich alte Machthaber und Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerrechtsbewegung gegenüber und verhandelten über die Geschicke des Landes. Die Arbeit an einer neuen Verfassung für die DDR begann am Runden Tisch in Berlin. Die Ergebnisse blieben letztlich überschaubar, dennoch waren die Runde Tische wichtig. Nicht nur haben sie damals die Situation im Land stabilisiert, sie waren auch Ausdruck eines neu gewonnenen demokratischen Selbstbewusstseins. Aus Protest wurde Mitgestaltung: konstruktiv, kritisch, auf Augenhöhe.

Für kurze Zeit lebten wir damals in einer politischen Utopie. Alles schien möglich, wenn man es nur wollte. Doch die normative Kraft des Faktischen sollte bald zuschlagen und diese Weiten des Möglichen einschränken. Und so kam es: Während wir am Wochenende nach dem Mauerfall zur nächsten Demonstration nach Arnstadt fuhren, waren viele

andere unterwegs Richtung Westen. Während in Berlin noch eine neue Verfassung für die DDR entworfen wurde, forderten die Menschen auf der Straße die schnelle Einheit und die D-Mark.

Die Einheit kam und mit ihr begann für viele Menschen eine lange Phase der Orientierungslosigkeit. Der Einbruch der Wirtschaft war rasant, hart und beispiellos. Unzählige wurden arbeitslos, bis 1993 gingen 1,4 Millionen Menschen dauerhaft in den Westen. Denn dort gab es Arbeit. Arbeitslosigkeit ist für den Einzelnen ein schweres Schicksal. Aber wir sind uns zu wenig bewusst, was es für die Menschen im Osten insgesamt bedeutete. Arbeit war in der DDR mehr als nur Broterwerb. Der lokale Betrieb war eng mit dem Ort und dem Alltag verbunden. Am Betrieb hingen das Kulturhaus und die Freizeitgestaltung, der Ferienplatz, die örtliche Gemeinschaft, das soziale Netz. Machte der Betrieb dicht, brach all das weg. Und Arbeit bedeutet Identifikation und Selbstbestätigung. Viele Menschen begegneten den widrigsten Umständen der Mangelwirtschaft mit Witz und Erfindergeist, schufteten mit Stolz und wussten, so manches Produkt ging in den Westexport. Und plötzlich hieß es: Was ihr da produziert, das taugt nichts. Wir machen euch dicht.

Das blieb nicht ohne Widerstand: In den Jahren 91 bis 93 wurde im Osten mehr protestiert als 89. Gegen Werkschließung oder -verkauf, aber meist erfolglos und ohne Widerhall im kollektiven Gedächtnis. Aus dem zuversichtlichen, mutigen „Wir sind wer!“ des Herbstes 89 wurde in jenen Jahren ein verunsichertes „Wer sind wir?“. Bis heute fragt man sich, warum der Osten politisch anders tickt. Die Ursachen sind auch in jenen Jahren zu suchen.

Demokratie braucht die positive Erfahrung, etwas bewirken zu können. Wir Grüne im Bundestag wollen einen Beitrag dazu leisten. Wir wollen engagierte Menschen unterstützen, bürgerschaftliches Engagement stärken und Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe fördern. Demokratie braucht einen fruchtbaren Boden, auch weitere Anstrengungen für gleichwertige Lebensverhältnisse sind nötig. Der Geist von 89 ist nicht verschwunden. Wir erleben ihn auf unseren Veranstaltungen, zu denen viele Menschen kommen und Fragen stellen. Menschen auf der Suche nach Raum für echte Gespräche, für die Diskussion von Ideen, Konzepten und Visionen. Mündige Bürgerinnen und Bürger und echter Dialog, geprägt von Respekt und Verantwortung. Viel davon erinnert mich an den Herbst vor 30 Jahren.



KATRIN GÖRING-ECKARDT MdB
Fraktionsvorsitzende

Über Hip-Hop zur Politik, dann Zwischenstopp als Unternehmensberater und jetzt Start-up-Beauftragter der grünen Bundestagsfraktion: Danyal Bayaz will der Industrie Beine machen und die soziale Marktwirtschaft ökologisch gestalten.

Upgrade für die soziale Marktwirtschaft

VON TIM MEYER

Foto: Stefan Kaminski

„Cash rules everything around me“, textet der Wu-Tang Clan. Geld regiert alles um mich herum. „Das wichtigste Lied für einen Finanzpolitiker“, sagt Danyal Bayaz und lacht. Erst kürzlich war der erklärte Hip-Hop-Fan bei einem Konzert der New Yorker Legenden. Diese Leidenschaft hängt auch mit seiner Heimatstadt Heidelberg zusammen, wo Advanced Chemistry mit politisch und intellektuell motiviertem Hip-Hop die Marke setzten. „Guter Hip-Hop ist ein Gradmesser für gesellschaftliche Themen“, sagt er. „Darüber bin ich zur Politik gekommen.“ Auch sonst hat Heidelberg dem 35-Jährigen viel mit auf den Weg gegeben. Die dort stationierten amerikanischen Soldaten haben ihn kulturell angefixt. Basketball, Baseball, Sneakers und nicht zuletzt Hip-Hop hat er hier lieben gelernt. In der elften Klasse besuchte er eine amerikanische Highschool, später lebte er zwei Jahre in New York, um an der Cornell University über das Thema Finanzmärkte für seine Promotion zu forschen. „Ich bin Transatlantiker und schätze dieses widersprüchliche Land“, sagt er. „Die Leute haben einen so optimistischen Spirit.“

Danyal Bayaz hat seit seiner Geburt den deutschen und den türkischen Pass. Sein Vater kommt aus Istanbul und hat in Deutschland als Journalist gearbeitet. Seine Mutter stammt aus Hessen. Seine türkischen Wurzeln haben für ihn keine besondere Rolle gespielt, auch mit Rassismus kam er kaum in Berührung. „Wenn ich das sage, muss ich mir manchmal Vorwürfe anhören, wo ich denn aufgewachsen bin“, sagt er. „Habe ich damals nicht richtig hingeschaut, war ich zu naiv oder hatte ich einfach Glück mit meinem

Umfeld?“ Heute spornt ihn das an, sich gegen Rassismus zu stellen und für demokratische Werte einzusetzen – dazu gehört für ihn auch die Erinnerungskultur in unserer Einwanderungsgesellschaft. Gerade war er für die Initiative „GermanDream“ in zwei Schulen, um mit den Kindern und Jugendlichen zu diskutieren.

Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben – das hat ihn 2005 dazu bewegen, Mitglied der Grünen zu werden. „Ich bin ein großer Anhänger der sozialen Marktwirtschaft“, sagt er. „Aber heute braucht sie kein kleines Update, sondern ein richtiges Upgrade.“ Sein Anspruch ist, die soziale Marktwirtschaft für den digitalen Kapitalismus zu rüsten und sie nachhaltig und wirklich sozial zu gestalten. „Da will ich im Bundestag etwas bewegen.“ Bevor Danyal Bayaz 2017 in den Bundestag gewählt wurde, studierte er Wirtschaft und Politik und arbeitete als Unternehmensberater bei der Boston Consulting Group. Ein guter Job, weil er in seinen Projekten immer direkt Veränderungen sehen konnte. Da geht es im Bundestag und gerade in der Opposition etwas anders zu. „Dafür kann man hier Debatten anstoßen, über Positionen und Ideen diskutieren, sie wachsen und sich verändern lassen“, sagt er. „Das ist es doch, was Politik eigentlich bedeutet.“ Und den Freiheitsgrad schätzt er als großes Privileg. „Einerseits werde ich durch mein Büro und den Kalender stark gefordert, andererseits kann ich meine Themen und Termine sehr selbstbestimmt wählen.“

Seine Arbeitsfelder im Bundestag sind nicht gerade klassisch grün: Finanzmärkte, Digitalisierung, Fintechs, Kryptowährungen und künstliche Intelligenz – doch alles sind fordernde Zukunftsthemen. Außerdem ist er Start-up-Beauftragter. „Unserer Industrie ist der Drang zu Innovationen abhandengekommen. Dabei brauchen wir neue Ideen, wenn wir bei grünen Technologien, künstlicher Intelligenz oder auch neuen Formen der Bildung vorne dabei sein wollen. Aus der öffentlichen Verwaltung werden diese Innovationen eher nicht kommen“, sagt er. „Gründerinnen und Gründer sind Anpacker, die Ideen umsetzen und gestalten wollen – wie wir Grüne.“

Was ihn im Bundestag allerdings stört: „Wie wir Politik machen, hat sich kaum weiterentwickelt.“ Deshalb hat er mit anderen Parlamentsneulingen eine Arbeitsgruppe gegründet, um Ideen zu entwickeln. „Ich wäre zum Beispiel total offen, aus diesen Büros hier herauszugehen und interfraktionelle Coworking Spaces einzurichten. Dort trifft dann einer meiner Mitarbeiter Kollegen anderer Fraktionen und tauscht sich aus. Das wäre eine neue Offenheit. Raus aus der Blase!“, sagt Danyal Bayaz. „Wir müssen mutiger sein.“

BIOGRAFIE:

Seit 2005

Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen

2013-2017

Mitglied des Landesvorstandes der Grünen Baden-Württemberg

Seit 2017

Abgeordneter im Deutschen Bundestag, Start-up-Beauftragter, Mitglied im Finanzausschuss und Schriftführer

ENTSCHLOSSEN GEGEN RECHTSEXTREME NETZWERKE

VON IRENE MIHALIC, MONIKA LAZAR UND KONSTANTIN VON NOTZ

ES IST HÖCHSTE ZEIT, MENSCHEN
VOR DEN GEFAHREN DES RECHTSEX-
TREMISMUS WIRKSAM ZU SCHÜT-
ZEN. DIE SICHERHEITSBEHÖRDEN
MÜSSEN SICH HIER BESSER AUFSTEL-
LEN, DAS BUNDESAMT FÜR VERFAS-
SUNGSSCHUTZ BRAUCHT EINEN
KOMPLETTEN NEUSTART. DIESER IST
SELBST NACH DEM EKLATANTEN VER-
SAGEN IM FALL NSU AUSGEBLIEBEN.

Vom Massenmord im neuseeländischen Christchurch bis zur Ermordung des Regierungspräsidenten Walter Lübcke in Hessen – die letzten Monate haben es in erschreckender Weise bestätigt: Rassismus ist keine „Meinung“. Er ist die hochgefährliche Basis für verfassungsfeindliche Strategien und kriminelle Taten, bis hin zu Mord und Terror. Das erhebliche Gewaltpotenzial des Rechtsextremismus ist beunruhigend real, seine Vernetzung weit vorangeschritten. Die Bundesregierung und ihre Sicherheitsbehörden haben die Gefahrenlage viel zu lange unterschätzt und kleingeredet.

Die Zeit politischer Lippenbekenntnisse ist lange vorbei. Entschlossen gegen rechtsextreme und rechtsterroristische Netzwerke vorzugehen, ist das Gebot der Stunde. Unsere Demokratie und mehrere Zehntausend Menschen, die derzeit auf sogenannten „Feindeslisten“ stehen, brauchen wirksamen Schutz. Staatliche Strukturen zur Erkennung und Bekämpfung des Rechtsextremismus gehören auf den Prüfstand, um Defizite schnellstmöglich abzustellen und Betroffenen zu helfen. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus bleibt aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gerade deshalb sind demokratische Aktivitäten der Zivilgesellschaft, wie etwa die #Unteilbar-Demo am 24. August 2019 in Dresden mit 40.000 TeilnehmerInnen, ein wichtiges positives Signal.

UNTERSCHÄTZTE NETZWERKE UND EINZELTÄTER-FIXIERUNG

Spätestens nach der Selbstenttarnung des NSU-Trios im Jahr 2011 wäre ein Neustart beim Kampf gegen rechts fällig gewesen. Jedoch: Fehlanzeige. Trotz des offenbar gewordenen vielfachen Versagens der Sicherheitsbehörden haben die – regelmäßig von der Union gestellten – Innenminister die personellen Ressourcen im Bereich Rechtsextremismus kaum erhöht. Noch folgenreicher war die grundfalsche Analyse, die bis heute fortwirkt. Das Terror-Trio wurde quasi isoliert von seinem rechtsextremen Umfeld betrachtet und das Netzwerk verkannt. Auf diese Defizite haben wir in einem Sondervotum des Abschlussberichts des II. NSU-Untersuchungsausschusses ausdrücklich hingewiesen.

Stattdessen hielten die Sicherheitsbehörden an einer überkommenen Analysemethode fest: Man untersuchte bieder Partei- und Vereinsstrukturen und nahm die Mitgliederbewegungen zur Kenntnis. Neurechte Bestrebungen wurden und werden fragmentiert betrachtet – hier ein paar „verrückte“ Reichsbürger, dort einige angeblich „harmlose“ Prepper und dann noch die Identitären.

Die gemeinsamen ideologischen Grundlagen konnte oder wollte man nicht sehen. Weil dieser Fokus fehlte, kam man

in Ermittlungs- und Strafverfahren viel zu oft zu der Bewertung, dass es sich um Einzeltäter handle.

Diese fragmentarische Betrachtung hindert die Behörden daran, Netzwerke und die immensen Gefahren, die von ihnen ausgehen, zu erkennen. Besonders deutlich zeigt sich das bei der Betrachtung sogenannter „Gefährder“ in rechtsextremen Kreisen. Während insgesamt 12.500 Personen als gewaltbereite Rechtsextreme eingestuft werden, gelten gerade einmal 41 als „Gefährder“. Dies steht in keinem Verhältnis zu den vielen Gewaltakten der letzten Jahre. Hunderte Haftbefehle gegen Rechtsextremisten sind derzeit nicht vollstreckt. Auch daraus ergeben sich erhebliche Risiken.

Die analytischen Defizite führten dazu, dass rechtsextreme und rechtsterroristische Taten oft nicht im Kontext bewertet werden. Wichtige Kontinuitäten und Zusammenhänge, wie beispielsweise eine enge internationale Vernetzung von Rechtsterroristen, werden so übersehen. So auch im Fall Walter Lübcke, dessen mutmaßlicher Mörder sich seit Jahrzehnten in der rechtsextremen Szene und wohl auch in der Nähe des NSU-Umfeldes bewegte. Viel zu spät haben Bundesregierung und Sicherheitsbehörden diese eklatanten Defizite erkannt. Erst nach einem Leitungswechsel wurden im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) erste dringend notwendige Korrekturen vorgenommen, auch das Bundeskriminalamt (BKA) hat strukturelle Änderungen angekündigt.

GRÜNES KONZEPT GEGEN RECHTSEXTREME NETZWERKE

Auch wenn sie reichlich spät kommt, begrüßen wir die neue Schwerpunktsetzung bei den Bundessicherheitsbehörden grundsätzlich. Aber klar ist auch: Wir brauchen einen umfassenderen Ansatz, wie wir es bereits in dem grünen Antrag „Rechtsextremismus umfassend bekämpfen“ im Bundestag 2018 gefordert haben. Deshalb hat die Bundestagsfraktion nun noch einmal ein „Grünes Maßnahmenprogramm: Rechtsextremen Netzwerken entschlossen entgegenzutreten“ beschlossen.

SICHERHEITS-BEHÖRDEN NEU AUFSTELLEN

Wir wollen die Analysefähigkeit vor allem des Verfassungsschutzes im Bereich Rechtsextremismus und -terrorismus grundlegend verbessern. Dieser muss befähigt werden, Gefährdungen durch derartige Netzwerke besser zu erkennen und zu benennen. Wir fordern daher, den Verfassungsschutz in Deutschland neu zu organisieren. Ein Institut soll unter anderem rechtsextreme Strukturen in Deutschland wissenschaftlich analysieren und regelmäßige Expertisen erstellen. Ein deutlich entschlacktes Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr soll sich mit konkreteren Bestrebungen befassen, die nicht mittels offen zugänglicher Quellen aufzuklären sind, bei denen aber die Anhaltspunkte für polizeiliche Ermittlungen nicht ausreichen. Solange es keine grundlegende Reform des Verfassungsschutzes gibt, sollte die Bundesregierung angesichts des strukturellen Analysedefizits unverzüglich eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme zum Rechtsextremismus in Deutschland durch ausgewiesene und unabhängige Experten in Auftrag geben.

Die überwiegende Mehrheit der Menschen leistet ihren Dienst in den Sicherheitsbehörden mit verantwortungsbewusster und demokratischer Haltung. Für Rechtsextreme darf es innerhalb der Sicherheitsbehörden keinen Platz geben. Verfassungsfeindliche Verstöße, ob bei der Polizei oder in anderen Behörden, müssen kontinuierlich erfasst und dokumentiert werden. Dazu gehören zum Beispiel menschenverachtende Äußerungen in Chatgruppen, das Tragen rechtsextremistischer Abzeichen an der Uniform oder Hetze gegen Geflüchtete. Das ist die Voraussetzung dafür, solche Verstöße strafrechtlich zu verfolgen, aber auch dafür, zielgenaue Präventionsmaßnahmen entwickeln zu können. Auch Waffen- und Munitionsverluste bei Polizei und Bundeswehr müssen mit Nachdruck aufgeklärt werden. Außerdem fordern wir, dass die Innenministerkonferenz die Neuauflage wissenschaftlicher Studien zur Häufigkeit verfassungsfeindlicher Einstellungsmuster bei Sicherheitsbehörden in allen Bundesländern und im Bund auf den Weg bringt, so wie es das Land Hessen bei der Polizei nun vormacht.

DIE GESELLSCHAFT EFFEKTIV VOR RECHTSEXTREMISMUS SCHÜTZEN

In unserem Konzept fordern wir die Einsetzung einer „Task Force Rechtsextremismus“ im Bundesinnenministerium. Mehrere Zehntausend Menschen, die auf sogenannten Feindeslisten von Rechtsextremen unter ande-

rem als potenzielle Anschlagopfer aufgeführt werden, darunter zahlreiche KommunalpolitikerInnen und JournalistInnen, brauchen dringend bessere Informations- und Unterstützungsangebote. Die Bundesebene muss hier die notwendige Unterstützungsarbeit leisten und dringend koordinierend tätig werden.

Potenzielle rechte Gewalttäter kommen viel zu leicht an Waffen. Der rechtsextreme Anschlag am Olympia-Einkaufszentrum in München 2016 mit neun Opfern, der Mord an Walter Lübcke und der Mordversuch an Bilal M. in Wächtersbach sind erschreckende Belege dafür. Daher muss das Waffenrecht, gerade mit Blick auf den Kauf, die Verwendung und Aufbewahrung von Waffen, verschärft werden. Auch das fordern wir seit vielen Jahren, ohne dass die Bundesregierung bisher die notwendigen Korrekturen vorgenommen hätte. Hass und Hetze im Netz muss der Staat effektiv und rechtsstaatlich entgegentreten. Menschen zu beleidigen und zu bedrohen oder Minderheiten zu diffamieren, den Holocaust zu leugnen und offen zu Gewalttaten aufzurufen – all das darf nicht folgenlos bleiben. Egal ob off- oder online: Geltendes Recht muss konsequent gegen strafbare Handlungen und Inhalte angewandt werden. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das die Durchsetzung des Rechts in sozialen Netzwerken verbessern soll, muss schnellstmöglich evaluiert und weiterentwickelt werden. Soziale Netzwerke müssen auch selbst konsequenter gegen Hass und Hetze vorgehen und mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten. Bei allen diesen Punkten bleibt die Bundesregierung in der Pflicht, ihren Ankündigungen Taten folgen zu lassen.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT STÄRKEN

Zentral für nachhaltige Erfolge gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist eine starke Zivilgesellschaft. Ihre Arbeit muss mehr Anerkennung erfahren. Deshalb wollen wir ihre Förderung als Daueraufgabe nachhaltig gestalten und finanziell absichern. Die Unabhängigkeit zivilgesellschaftlichen Engagements darf dabei jedoch nicht ausgehöhlt werden. Die Bundesregierung muss dafür, wie schon lange von der SPD versprochen, ein Gesetz zur Demokratieförderung vorlegen.

Zivilgesellschaftliche Akteure können die lokalen und regionalen Problemsituationen und Bedarfe häufig am besten einschätzen. Wir wollen sie daher stärker an der Entwicklung der Bundesförderung beteiligen.

Auch die Präventionsarbeit muss massiv ausgebaut werden. Rechtsextreme wenden sich häufig an junge Menschen, die nach Orientierung suchen. Vorsorgende und zielgerichtete Angebote an Schulen und Jugendarbeit sind daher besonders wichtig. Junge Menschen dürfen erst gar nicht in völkische Ideologien, die Menschen verachten und Gewalt legitimieren, abgleiten.

#UNTEILBAR

Foto: Shutterstock

Auch die politisch-historische Bildungsarbeit muss ausgebaut werden. Ebenso braucht es für ältere Menschen passende präventive und demokratiefördernde Angebote.

ZEIT ZU HANDELN

Die Sicherheitsbehörden sind extrem spät dran beim Kampf gegen Rechtsextremismus und -terrorismus. Die Anschläge der letzten Zeit geschahen nicht im luftleeren Raum. Eine breite rechte Bewegung hat lange Zeit unbehelligt ihren Wirkungsgrad bis tief in die Mitte der Gesellschaft erweitert. Der Rechtsextremismus hat zudem mit der AfD einen parteipolitischen Arm, der mit vielen Abgeordneten in den Parlamenten von Bund und Ländern vertreten ist. Wie rechte und rechtsextreme Kräfte zusammenwirken, haben beispielsweise die Ausschreitungen in Chemnitz gezeigt. Innerhalb kürzester Zeit konnten deutschlandweit Hunderte gewaltbereite AnhängerInnen mobilisiert werden. Wir müssen die notwendigen Reformen jetzt schleunigst auf den Weg bringen, um diesen gefährlichen Entwicklungen wirksam entgegenzutreten zu können.

- www.gruene-bundestag.de/rechte-netzwerke



DR. IRENE MIHALIC MDB
Sprecherin für Innenpolitik



MONIKA LAZAR MDB
Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus



DR. KONSTANTIN VON NOTZ MDB
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Foto: Liesa Johannissen/photothek.net

BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

AK EINS Wirtschaft, Finanzen & Soziales

FINANZSCHWACHEN KOMMUNEN GEZIELT HELFEN

In unserem reichen Land sind die Lebensverhältnisse alles andere als gleich. Trotz einer langjährig stabilen Konjunktur gibt es Städte und Dörfer – vor allem in struktur- und wirtschaftsschwachen Regionen –, die von hohen Altschulden und hohen sozialen Kosten belastet sind. Für diese besonders finanzschwachen Kommunen braucht es gezielte Unterstützung. Wir haben deshalb in einem aktuellen Gutachten verschiedene Instrumente entwickeln lassen, wie der Bund strukturschwachen Kommunen finanziell unter die Arme greifen kann. Die Gutachter um Prof. Dr. Junkernheinrich haben Bausteine erarbeitet, die den betroffenen Kommunen zielgenau und nachhaltig helfen. Diese Bausteine setzen eine unterschiedlich hohe Beteiligung des Bundes voraus und können miteinander kombiniert oder auch einzeln realisiert werden. Der erste Baustein schlägt drei Wege zur Entlastung der Kommunen von ihren Altschulden von mehr als 50 Milliarden Euro vor. Der zweite Baustein hilft den Kommunen bei den hohen sozialen Kosten. Hier muss der Bund helfen, da er die Sozialgesetzgebung beschließt, die die Kommunen dann zu finanzieren haben. Die Bundesregierung hatte mit ihrer Kommission zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse viele Hoffnungen geweckt. Doch die Kommission ist gescheitert. Stattdessen hat die Bundesregierung im Alleingang einen Beschluss ohne jede Substanz gefasst: Dringend notwendige Maßnahmen zur Entschuldung der Kommunen oder zur strukturellen Unterstützung für eine aufgabengerechte Finanzierung fehlen. Unsere Vorschläge sind konkret und liegen auf dem Tisch. Wir fordern ein neues Bund-Länder-Programm „Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle“, um Regionen mit großen Versorgungsproblemen neue Chancen zu eröffnen. Dazu haben wir vor der Sommerpause zwei Anträge in den Bundestag eingebracht.

● www.gruene-bundestag.de/gleichwertig



Foto: Karl-Heinz Hick/dpa/foker

AK ZWEI Umwelt, Energie, Landwirtschaft & Verkehr

KURZSTRECKENFLÜGE ZUG UM ZUG AUF DIE SCHIENE VERLAGERN

Angesichts der Klimakrise ist es höchste Zeit, Kurzstreckenflüge so schnell wie möglich überflüssig zu machen. Wir wollen die Bahn für die notwendigen Investitionen in den Neu- und Ausbau des Schienennetzes finanziell gut ausstatten und die Fahrzeit zwischen möglichst vielen Fahrtzielen im Inland und ins benachbarte Ausland auf maximal vier Stunden senken. Die Wettbewerbsbedingungen sind zugunsten des Klimaschutzes zu verändern. Unter anderem soll für alle Bahnfahrten der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von sieben statt bisher 19 Prozent erhoben werden. Außerdem wollen wir ein umfassendes Nachtzugangebot schaffen, um auf längeren Strecken eine Alternative zum Flugzeug zu haben.

● www.gruene-bundestag.de/schiene

NÄHRWERTAMPEL ENDLICH EINFÜHREN

In Frankreich und Belgien gibt es sie bereits: eine einfache Lebensmittelkennzeichnung in Ampelfarben, den „Nutriscore“. Durch eine Bewertung von grün bis rot lässt sich erkennen, welche Pizza oder welches Müsli die gesündere Wahl ist. Doch bei uns fährt Ministerin Klöckner weiter eine Verzögerungsstrategie. Statt den Nutriscore anzuerkennen, hat sie noch ein weiteres Label entwickeln lassen und führt eine Verbraucherbefragung durch. Dabei liegen längst genügend Studien und Erfahrungen vor. Die Bundesregierung muss sich endlich auf die Seite der Verbraucherinnen und Verbraucher stellen, den Nutriscore als freiwilliges Zeichen einführen und sich auf EU-Ebene für eine verpflichtende Kennzeichnung einsetzen.

● www.gruene-bundestag.de/nutriscore

KLIMASCHUTZ RETTET WALD RETTET KLIMA

Unsere Wälder, die noch viel zu oft monotone Forstplantagen sind, leiden unter der Klimakrise. Wir brauchen intakte Wälder zur Eindämmung der Klimakrise. Es braucht eine Waldwende hin zu naturnahen Laubmischwäldern. Sie dienen als Wasserspeicher, Luftfilter, Bodenschützer und binden den Klimakiller CO₂. Wir Grüne im Bundestag wollen die Waldwirtschaft klimafreundlich gestalten, um unsere Lebensgrundlagen zu sichern. Unsere Waldkonferenz im Juni hat wichtige Impulse für eine Zukunft mit naturnahen und klimastabilen Wäldern gegeben. Konkrete grüne Maßnahmenvorschläge für den Aufbau und Umbau von naturnahen Wäldern und eine Holzwirtschaft nach ökologischen Kriterien sowie den Start für die Urwälder von morgen haben wir mittlerweile vorgelegt.

● www.gruene-bundestag.de/waldschutz

AK DREI

Bürgerrechte & Demokratie, Rechts- & Gesellschaftspolitik

WIEDERGUTMACHUNG BEI STAATSANGEHÖRIGKEIT

Über 70 Jahre nach der NS-Unrechtsherrschaft wirkt diese im Staatsangehörigkeitsrecht teilweise fort. Die Bundesregierung ist bislang weitgehend untätig, obwohl das Problem lange bekannt ist und nun durch den angekündigten Brexit für in Großbritannien lebende Betroffene sehr drängend wird: In der NS-Zeit wurde Menschen aus politischen, „rassischen“ oder religiösen Gründen die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen. Bis heute haben noch nicht alle Nachfahren von ehemals deutschen Staatsangehörigen einen Anspruch auf Einbürgerung. Derzeit gibt es zum Beispiel keinen Anspruch für eheliche Kinder von deutschen Jüdinnen und Vätern mit einer nichtdeutschen Staatsangehörigkeit sowie für uneheliche Kinder gebürtiger deutscher Väter und einer ausländischen Mutter, die vor bestimmten Stichtagen geboren wurden. Darüber hinaus waren zum Beispiel Jüdinnen und Juden wie auch Sinti und Roma von den Sammel- und Einzeleinbürgerungen in den ab 1938 von Deutschland besetzten Gebieten ausgeschlossen. Wir haben einen Gesetzentwurf eingebracht, der den betroffenen Nachkommen den Weg zur Einbürgerung ebnet. Dieser Anspruch darf nicht vom Zufall abhängen. Es ist in unser aller Interesse, die gegenseitigen Bindungen zu stärken.

● www.gruene-bundestag.de/einbuengerung

ZWISCHENBILANZ UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS BREITSCHIEDPLATZ

Vor gut einem Jahr hat der Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz die Beweisaufnahme begonnen. Er hat seitdem insgesamt 23 Mal getagt und dabei 60 Zeuginnen und Zeugen – zumeist in öffentlicher Sitzung – vernommen. Dennoch sind noch viele Fragen offen. Unsere Zwischenbilanz: Schon heute ist klar, dass die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern im Fall „Amri“ in vielerlei Hinsicht versagt haben und die föderale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden weiterhin stark verbesserungswürdig ist. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich die Fraktionen am Ende des Untersuchungsausschusses auf Grundzüge einer Reform unserer Sicherheitsarchitektur einigen. Das sind wir den Opfern und ihren Angehörigen, den vielen hart arbeitenden Menschen in den Sicherheitsbehörden, aber auch der Gesellschaft als Ganzem schuldig.

● www.gruene-bundestag.de/breitscheidplatz

AK VIER

Internationale Politik & Menschenrechte

BERATERAFFÄRE IM VERTEIDIGUNGSMINISTERIUM AUFKLÄREN

Der Untersuchungsausschuss „Berateraffäre im Verteidigungsministerium“ wird auch nach dem Wechsel von Ursula von der Leyen nach Brüssel die Missstände rund um Vergaben und Berater weiter energisch aufklären. In den bisherigen Vernehmungen haben alle Befragten die Verantwortung stets auf andere geschoben. Das fehlende Problembewusstsein im Haus zeichnet ein desaströses Bild beim Umgang mit externer Beratung und macht die weitere Aufarbeitung dringend notwendig. Das Verteidigungsressort gab unter Missachtung des Vergaberechts exzessive Summen für externe Berater aus. Begünstigt wurden die Beauftragungen häufig durch persönliche, teils private Kontakte von Beratern zur Führungsetage des Ministeriums. Dennoch hat das Ministerium allein im ersten Halbjahr 2019 bereits 155 Millionen Euro für Beratung gezahlt. Im Herbst werden die Befragungen fortgesetzt. Nur wenn Fehler aufgearbeitet und Verantwortlichkeiten benannt wurden, kann das System verbessert werden.

● www.gruene-bundestag.de/berateraffaere

AK FÜNF

Wissen, Generationen & Gesundheit

STIMME DER JUGEND SOLL ZÄHLEN

Kinder und Jugendliche wissen sehr genau, was sie wollen. Das stellen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „Fridays for Future“ derzeit ganz konkret unter Beweis. Engagierte junge Menschen demonstrieren für eine lebenswerte Welt von morgen und nehmen es nicht länger hin, dass ihre Zukunft durch politische Untätigkeit verspielt wird. Doch die Stimme der Jugend soll nicht nur gehört werden, sie soll auch zählen. Um Jugendliche an zentralen politischen Zukunftsentscheidungen teilhaben zu lassen, wollen wir das Wahlalter senken. Bei Bundestags- und Europawahlen sollen junge Menschen bereits ab dem 16. Geburtstag wählen können. Demokratie muss gelernt, um gelebt werden zu können: in der Kita, der Schule und Jugendeinrichtung, im Ausbildungsbetrieb oder an der Hochschule. Wir fordern die Bundesregierung auf, einen Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung aufzulegen. Dieser soll Qualitätsstandards für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen umsetzen und bekannt machen.

● www.gruene-bundestag.de/wahlrecht

KRITISCHE ABGEORDNETE IN CHINA NICHT ERWÜNSCHT

Abgeordnete in den Ausschüssen des Bundestags nehmen häufig an Delegationsreisen teil, um sich vor Ort ein eigenes Bild zu machen, sich zu informieren, zu lernen. Allerdings wird ein solcher Austausch nicht von allen Staaten ermöglicht, etwa wenn kritische Fragen unerwünscht sind. Der Ausschuss Digitale Agenda wurde vor Kurzem von Peking vor die Wahl gestellt: Entweder ihr ändert die Teilnehmerliste einer Delegationsreise, oder sie findet nicht statt. Auslöser war die Teilnahme der grünen Sprecherin für Menschenrechtspolitik, Margarete Bause, die sich für die massiv verfolgte muslimische Minderheit der Uiguren in China einsetzt. Entsprechende Anträge hierzu wie auch zum 30. Jahrestag des Tian’anmen-Massakers Anfang Juni 2019, das bislang in China immer noch nicht aufgearbeitet wurde, haben wir im Bundestag zur Diskussion gestellt. Die Mitglieder des Ausschusses ließen sich nicht auf die Erpressung Pekings ein. Sie standen geschlossen hinter Margarete Bause. Wenn sie nicht mitreisen könne, reisen alle nicht. Das Parlament lasse sich die Zusammensetzung seiner Delegationen nicht vorschreiben.

● www.gruene-bundestag.de/tiananmen

OFFENSIVE FÜR STUDENTISCHES WOHNEN JETZT

Zelte auf dem Campus, lange Wartelisten in den Wohnheimen: Wenn im Oktober das neue Semester beginnt, strömen wieder Hunderttausende Erstsemester in die Hörsäle. Doch der irrsinnige Wohnungsmarkt macht sich auch hier bemerkbar. Im Schnitt geben Studierende ein Drittel ihrer Einnahmen für Miete aus, bei den einkommensschwächsten Studierenden ist es sogar fast die Hälfte. Deutschlandweit gibt es derzeit aber nur rund 245.000 öffentlich geförderte Wohnheimplätze – und das bei rund 2,8 Millionen Studierenden. Die Bundesregierung hat die Studierenden bisher buchstäblich auf der Straße stehen lassen. Mit unserer Offensive für bezahlbaren Wohnraum für Studierende wollen wir sicherstellen, dass jeder Kopf auch ein Dach bekommt. Damit die Wahl des Studienorts nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt, fordern wir in unserem Antrag, Zwischennutzungen von Bundesimmobilien zu erleichtern, das BAföG an die regionalen Mieten anzupassen und Ausnahmen bei der Mietpreisbremse endlich abzuschaffen.

● www.gruene-bundestag.de/wohnheim

&grün &GRÜNER



Foto: Michael Kost

#EINSATZGRÜN

ABGEORDNETE IM POLIZEIREVIER

Noch bis Ende September gehen unsere Abgeordneten auf Streife: Bei unseren Aktionswochen #EinsatzGrün machen sie sich vor Ort ein Bild vom oft harten Arbeitsalltag der Polizei: im Schichtdienst auf der Dienststelle, an Kriminalitätsbrennpunkten und überall sonst im Revier. Die gesammelten Eindrücke werden in unseren Polizeikongress am 22. November in Berlin einfließen.



#GPK19

GRÜNER POLIZEIKONGRESS

Polizeipolitik ist ein Kernbestandteil grüner Innenpolitik. Wir setzen uns im Parlament für eine personell und technisch gut ausgestattete Polizei ein, die rechtsstaatlich sowie transparent agiert. Wir treten für eine Sicherheitspolitik ein, die auf Fakten gründet. Anstelle wirkungsloser Symbole, Pauschalverdächtigungen und Massenüberwachung setzen wir auf zielgerichtete Polizeiarbeit, die tatsächlich mehr Sicherheit schafft. Bürger- und Menschenrechtsbildung, Frauenförderung sowie die vermehrte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund sind für uns dabei sehr wichtig.

Beim 6. Grünen Polizeikongress, erstmals ausgerichtet von der grünen Bundestagsfraktion, werden wir unsere Positionen mit Fachleuten aus Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft erörtern. Gemeinsam wollen wir alternative und effektive Antworten auf die aktuellen Herausforderungen der Sicherheitspolitik in Deutschland abseits der repressiven Symboldebatten des Bundesinnenministers und der Großen Koalition herausarbeiten. Die Ergebnisse werden in unsere parlamentarische Arbeit einfließen.

Hier geht's zur Anmeldung: ● www.gruene-bundestag.de/polizeikongress



Foto: Robert Hodonyi



Fotos: Stefan Kaminski

ARTENVERNICHTUNG STOPPEN!

TAG DER EIN- UND AUSBLICKE 2019

Wer weiß denn so was? In einer Handvoll Erde finden sich mehr Lebewesen als Menschen auf der Erde! Dass sogar Shampoo, Zahnpasta und T-Shirts auf die Bestäubung von Insekten angewiesen sind, die Kartoffel dagegen nicht. Oder wie eine Blühwiese klingt und vor allem, welche existenzielle Dimension und Bedeutung die Biodiversität hat, darüber staunten viele unserer Gäste, die sich beim Tag der Ein- und Ausblicke im Deutschen Bundestag am 8. September über unsere Politik informieren wollten. Ohne die fleißigen Insekten wäre unser Dasein sehr viel ärmer und die Supermarktregale sehr viel leerer.

Zehntausende Menschen aus Deutschland und aller Welt, Familien mit Kindern, Studierende, Jung und Alt, besuchten auch dieses Jahr den Bundestag. Im „grünen Bereich“ auf der Fraktionsebene erwartete sie unter unserem Baum des

Lebens ein wahrer Schatz an Eindrücken und Erkundungsmöglichkeiten zum hochaktuellen Thema Artenvielfalt, die inzwischen so massiv bedroht ist. Pflanzengifte, Rodung und Monokulturen zerstören die Biodiversität. So wird zum Beispiel ein konventioneller Apfelbaum bis zu 20 Mal im Jahr mit Pestiziden besprüht. Viele BesucherInnen zeigten sich besorgt über den fortschreitenden Artenchwund, der auch die menschliche Existenz gefährdet.

Viele Menschen nutzten die Gelegenheit zum persönlichen Gespräch mit unseren Abgeordneten, informierten sich an den Mitmachstationen, testeten ihr Wissen via Quiz und tauchten per VR-Brille in die Amazonaswelt ein. Die Kleinen bastelten Tiermasken, während sich die Größeren mit Lupinenkaffee stärkten und unsere Konzepte zum Schutz der Artenvielfalt studierten.

● www.gruene-bundestag.de/tea

TERMINE

Mehr unter:

- www.gruene-bundestag.de/termine

PLAUEN 89/19 PROTEST UND VERANTWORTUNG

Podiumsdiskussion
am 7.10. in Plauen
Öffentlichkeitsarbeit,
TEL 030/227 59062
oea@gruene-bundestag.de

WEM GEHÖRT DIE STADT? ERBBAURECHT UND BEZAHL- BARER WOHNRAUM

Fachgespräch am 16.10. in Berlin
AK 2 + AK 3 Koordination,
TEL 030/227 59406
ak2@gruene-bundestag.de

HEIMAT EUROPA

Podiumsdiskussion am 6.11. in Berlin
AK 5 Koordination,
TEL 030/227 51783
ak5@gruene-bundestag.de

GRÜNER POLIZEIKONGRESS POLIZEI UND GESELLSCHAFT – HEUTE UND MORGEN

Konferenz am 22.11. in Berlin
AK 3 Koordination,
TEL 030/227 58900
ak3@gruene-bundestag.de

KLIMASCHUTZKONFERENZ

Konferenz am 29.11. in Berlin
AK 2 Koordination,
TEL 030/227 59406
ak2@gruene-bundestag.de

PUBLIKATIONEN

Mehr unter:

- www.gruene-bundestag.de/publikationen

FLYER

- 19/44 Klimakrise stoppen!
- 19/41 Lebenswerte Regionen
- 19/40 Fahrradpolitik
- 19/39 Bürgerenergie
- 19/38 ÖPNV
- 19/37 Wasser
- 19/36 Engagement
- 19/35 Kleine und mittlere Unternehmen
- 19/33 Artenvielfalt

READER

- 19/28 Antiziganismus in Deutschland und Europa
- 19/25 Jahreswohlstandsbericht 2019

LEPORELLO

- 19/43 Bürgernahe Polizeipolitik
- 19/34 Wohlstand neu bewerten

Bestellungen an:

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion, Versand,
11011 Berlin, oder: versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion. Sie erscheint vier Mal im Jahr und kann unter oben stehender Adresse bestellt werden.

ONLINE

Tagesaktuelle Nachrichten, Fraktionsbeschlüsse, Initiativen, Bundestagsreden, Videos und Newsletter auf:

- www.gruene-bundestag.de

Unser Tipp:

- www.gruene-bundestag.de/video

Kommentare, Ideen und Fragen können in den sozialen Netzwerken gepostet werden:

 www.twitter.com/GrueneBundestag

 www.instagram.com/gruenebundestag

 www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag